

# Wenig Plätze, kaum Lehrer, mangelnde Integration

Eltern, die ihr behindertes Kind im Anschluss an die Grundschule nicht auf eine Förderschule schicken möchten, brauchen Glück wie in einer Lotterie

VON MARGOT GASPER

**Aachen.** Nach der vierten Klasse ist oft Schluss mit der Integration. Eltern, die ihr behindertes Kind nach der Grundschule nicht auf eine Förderschule schicken möchten, brauchen Glück wie in einer Lotterie. Denn nur an wenigen weiterführenden Schulen gibt es sogenannte Integrative Lerngruppen (ILG), in denen die Kinder im Klassenverband, aber nach ganz persönlichem Programm und mit eigenen Lernzielen lernen können. Zieldifferent nennen Fachleute diese Art des Unterrichts. In den Klassen sitzen nicht mehr als 24 Kinder, bis zu acht davon mit Behinderung.

In ganz Aachen hat derzeit nur eine einzige Schule, die Gesamtschule in Brand, eine Integrative Lerngruppe. Die Nachfrage ist ungleich größer. Acht Kinder kann Schulleiter Walther Kröner im kommenden Schuljahr in Brand aufnehmen, 13 Familien aber hat er absagen müssen.

## Kein zusätzliches Personal

Im Sommer müsste sich die Situation zumindest ein wenig entspannen. Dann startet auch die Hauptschule Drimborn mit einer Integrativen Lerngruppe. Was auf der einen Seite hilft, wirft aber auf der anderen Seite neue Probleme auf. Denn bei der Bezirksregierung gab es Pläne, für zusätzliche Lerngruppen kein zusätzliches Personal bereitzustellen. Für die neu startenden Klassen sollten stattdessen die vorhandenen Kräfte umverteilt werden. Walther Kröner erfuhr bei einer Dienstbesprechung in Köln, dass seinen Integrativen Lerngruppen eine 20-prozentige Kürzung der Stellenzuschläge drohte.

Christa Rößler kann sich über so etwas gewaltig aufregen. Sie ist Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen“. Die Elterninitiative setzt sich seit mehr als 20 Jahren für die Integration behinderter Menschen ein. „Alle Kinder müssen die Chance haben, integrativ beschult zu werden“, sagt Christa Rößler mit Nachdruck. „Deshalb brauchen wir mehr Schulen, die Integrative Lerngruppen einrichten.“ Und



Welche Perspektive haben die Integrationsklassen? In diesem Unterrichtsmodell arbeiten Kinder mit und ohne Behinderung Seite an Seite.

Foto: Imago

deshalb müsse der Mehrbedarf an Personal für Integrative Lerngruppen gesetzlich verankert werden.

Derzeit regelt ein Erlass diesen Mehrbedarf. Für jedes behinderte Kind in einer Integrationsklasse erhält danach zum Beispiel die Gesamtschule Brand 0,1 Lehrstellen zusätzlich. Bei 48 Kindern, die an dieser Gesamtschule integrativ unterrichtet werden, macht das 4,8 Lehrstellen. „Das sind Stellen, die wir dringend brauchen“, betont Walther Kröner. Nur so können Klassen klein

gehalten und Unterrichtsstunden mit zwei Lehrkräften besetzt werden.

**„Schon jetzt ist längst nicht in allen Fächern eine Doppelbesetzung mit Lehrkräften möglich.“**

**ULRIKE DUYSER, VORSTANDSMITGLIED IM VEREIN „GEMEINSAM LEBEN“**

Würden die Stellenzuschläge im nächsten Schuljahr um 20 Prozent gekürzt, dann müsste die Gesamtschule entweder ihre Integrationsklassen auf 30 Kinder aufstocken oder mit weniger Doppelbesetzungen arbeiten. Und beides sei ja wohl nicht im Sinne von Förderung und Integration, argumentieren die Eltern. Unter dem Motto „Integration ist kein Sparmodell“ machen sich derzeit Elterninitiativen in ganz NRW dafür stark, dass die Bedingungen in den Integrationsklassen verbessert werden.

Nach Angaben des NRW-Schulministeriums gibt es für den personellen Mehrbedarf landesweit derzeit 230 Lehrstellen in der Sekundarstufe. Zum kommenden Schuljahr kommen nach Angaben eines Sprechers 40 weitere Stellen hinzu. Über die Verteilung der Lehrkräfte entscheiden laut Ministerium die Bezirksregierungen.

Mittlerweile hat die Kölner Behörde erklärt, dass die befürchte-

ten Kürzungen – zumindest fürs nächste Schuljahr – ausbleiben. „Die Lehrerversorgung der bestehenden Integrativen Lerngruppen an Gesamtschulen im Regierungsbezirk Köln erfolgt auch für das kommende Schuljahr unverändert (d.h. ungekürzt) zu den Bedingungen des Vorjahres“, heißt es aus Köln. „Eine Kürzung der Stellenzuweisung“ finde nicht statt.

Christa Rößler und der Verein „Gemeinsam leben“ wollen sich damit nicht zufriedengeben. „Dann stehen wir nächstes Jahr vielleicht wieder da.“ Deshalb drängen die Eltern massiv auf eine rechtliche Verankerung.

Die Bedingungen für die Integrationsklassen hätten sich ohnehin über die Jahre kontinuierlich verschlechtert, argumentiert Vorstandsmitglied Ulrike Duyster. So wurden an der Gesamtschule Brand vor fünf Jahren schon einmal 40 Prozent der Lehrerschlüsse gekürzt. „Schon jetzt ist längst nicht in allen Fächern eine Doppelbesetzung mit Lehrkräften möglich“, moniert Duyster.

## Eine bittere Erfahrung

Ute Malmes, stellvertretende Vorsitzende des Elternvereins, geht davon aus, dass die Nachfrage nach Integrationsklassen an den weiterführenden Schulen allerdings eher noch steigen wird.

In der Grundschule können behinderte Kinder aller Förderschwerpunkte im Gemeinsamen Unterricht (GU) unterrichtet werden. Im laufenden Schuljahr besu-

chen an die 150 Kinder mit Behinderung eine der Aachener Grundschulen. Alleine die Grundschule Am Höfling unterrichtet 29 Kinder mit Behinderung. „So viel gemeinsam wie möglich, so viel getrennt wie nötig“, erläutert Schulleiterin Anita Groß die Devise.

Aber auch Am Höfling sind die Rahmenbedingungen – etwa bei der Größe der Klassen – aus Elternsicht nicht befriedigend geregelt. „Die Gesetzeslage sieht vor, dass

notfalls auch Klassen im Gemeinsamen Unterricht mit 30 Kindern gebildet werden“, erläutert Anita Groß. Auch hier fehle eine rechtliche Absicherung kleiner Klassen, kritisieren die Eltern.

Für Familien sei der Mangel an Integrationsklassen an den weiterführenden Schulen eine bittere Erfahrung, resümiert Ulrike Duyster. „Das ist oft ein Spießrutenlaufen mit ganz vielen unwürdigen Bittgesprächen.“

## Am 20. Mai Anhörung im Düsseldorfer Landtag

Im Dezember 2008 hat Deutschland die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen unterzeichnet. Ausdrücklich wird darin eine „inclusive Schule“ gefordert – Unterricht für behinderte Kinder in den allgemeinen Regelschulen.

Nicht nur in Aachen laufen Eltern Sturm gegen fehlende Infrastruktur und befürchtete Verschlechterungen. „Landesregierung hungert den Gemeinsamen Unterricht aus“, heißt es in einem Brief mehrerer Elternvereine in NRW.

Am Mittwoch, 20. Mai, gibt es im Düsseldorfer Landtag ab 14 Uhr eine öffentliche Anhörung zum Thema sonderpädagogische

Förderung in der Regelschule. SPD und Grüne im Landtag haben Anträge vorgelegt.

Als „Sofortmaßnahme“ fordert die SPD-Fraktion, „ausreichend Ressourcen bzw. Lehrstellen zur Verfügung zu stellen“. Die Grünen verlangen etwa, „Schulen und Schulträger aktiv bei der Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichts und von Integrativen Lerngruppen zu beraten und zu unterstützen“.

Christa Rößler und ihre Mitstreiter vom Verein „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen“ wollen am 20. Mai auf jeden Fall die Anhörung im Landtag verfolgen. „Wir fahren da mit ganz vielen Leuten hin“, kündigt Rößler an.



Machen sich stark für mehr integrativen Unterricht: von links Walter Kröner (Schulleiter der Gesamtschule Aachen-Brand), Christa Rößler (Vorsitzende des Vereins „Gemeinsam leben, gemeinsam lernen“), Ute Malmes (stellvertretende Vereinsvorsitzende), Anita Groß (Schulleiterin der Aachener Gemeinschaftsgrundschule Am Höfling) und Ulrike Duyster (Vorstandsmitglied der Elterninitiative). Foto: Harald Krömer

# Experten sehen rot: Die Medienfreiheit ist vielerorts in Gefahr

Podiumsdiskussion anlässlich der Verleihung der Medaille Charlemagne an die „Reporter ohne Grenzen“: Auch der Westen ist nicht beispielhaft.

VON JAN MÖNCH

**Aachen.** Man schrieb das Jahr 1968, als amerikanische Soldaten die Zivilbevölkerung des vietnamesischen Dorfes My Lai niedermetzten. Christoph Maria Fröhder war damals vor Ort. Geschützt von der US-Armee wurde der Journalist per Helikopter zu jenem Ort geflogen, der zum Synonym werden sollte für die amerikanische Schande in Vietnam. Anschließend erkundigte sich ein Offizier nach seiner Einschätzung des Geschehenen.

An diese Begebenheit erinnerte Fröhder sich im Aachener Ratsaal, wo anlässlich der Verleihung der Medaille Charlemagne an die „Reporter ohne Grenzen“ eine Podiumsdiskussion zum Thema Medienfreiheit stattfand. Denn nicht nur die 1985 gegründete Menschenrechtsorganisation sieht diese in Gefahr. Auch Fröhder hält



Gaben Einblicke in das Thema Medienfreiheit: Ines Arland (v. l.), Christoph Maria Fröhder, Alfred Schier, Agata Kwicinska, Dirk Sager und Christoph Lanz bei der Podiumsdiskussion im Aachen. Foto: Andreas Steindl

eine solche Achtung vor den Medien, wie er sie in Vietnam erlebte, heute für undenkbar. Ebenso Moderator Alfred Schier vom TV-Sender Phoenix sowie die vier weiteren Teilnehmer der Diskussion.

Christoph Lanz, Fernsehredakteur bei der Deutschen Welle, beschrieb eine Weltkarte, die in seinem Berliner Büro hängt. Schwarz gefärbt sind darauf die Staaten mit funktionierender Presselands-

chaft, rosa jene, in denen die Presse in Gefahr ist. Rot steht für nicht vorhandene Pressefreiheit. Lanz: „Schwarz ist in der Minderheit, Rot und Rosa dominieren.“ So behinderten etwa „mafiose

wirtschaftliche Strukturen“ die Kollegen in den ehemaligen Ostblockstaaten. Das iranische Regime indes gehe so weit, „mal eben ganze Straßenzüge nach versteckten Satellitenschüsseln absuchen zu lassen“. Im Ferienparadies Malaysia hingegen sei der Empfang ausländischer Programme erlaubt. „Sie werden einfach komplett zeitversetzt ausgestrahlt.“ So kann die Zensur stets eingreifen.

Für Dirk Sager von den Reportern ohne Grenzen ist die Situation im Westen keinesfalls durchweg beispielhaft – auch die Industriestaaten Frankreich und Italien gehören für ihn mit wachsendem Rosa versehen. „Die Einflussnahme ist bedenklich“, attackierte der ehemalige DDR-Korrespondent die Regierungen um Sarkozy respektive Berlusconi.

Und in Deutschland? „Vergleichen mit anderen Ländern geht es uns bestens“, stellte Dirk Sager

klar – trotz BKA-Gesetz und Vorratsdatenspeicherung. „Wir haben die Möglichkeit, uns zu wehren. Wenn solche Gesetze durchkommen, tragen wir selbst die Schuld.“ Ines Arland, Reporterin in Berlin, kritisierte ihren Berufsstand: „Die Distanz zwischen Politikern und Berichterstattern muss stärker gewahrt werden.“

## Folterungen in Abu-Ghoreib

Wohin der Weg führen kann, dazu wusste Christoph Fröhder ein weiteres Erlebnis mit dem US-Militär. Als 2004 die Folterungen in Abu-Ghoreib bekannt wurden, war er, dreieinhalb Jahrzehnte nach My Lai, wieder vor Ort. Der Kommandeur des Gefängnisses verwehrte Fröhder den Zutritt ins Sperrgebiet und erinnerte an einen Kollegen der Agentur Reuters. Dieser war wenige Tage zuvor am selben Ort erschossen worden.